

Große Sorge um die Demokratie

Aktionstag im und am Rathaus dreht sich um Mega-Trends und aktuelle Politik. OB Schranz kritisiert Thüringer CDU

Michael Bresgott

Oberbürgermeister Daniel Schranz (CDU) hat am Freitag beim Tag der Demokratie im Rathaus seine christdemokratischen Parteifreunde in Thüringen scharf kritisiert. Dort hat die Landes-CDU mit den Stimmen von FDP und AfD einen Antrag für Steuersenkungen gegen die von Ministerpräsident Bodo Ramelow (Die Linke) geführte Landesregierung im Landtag durchgesetzt. „Ich würde von solchen Experimenten dringend abraten“, sagte der Oberhausener Oberbürgermeister an die Adresse seiner Thüringer Parteifreunde. Letztlich nütze das allein der AfD und ihren Zustimmungswerten.

Schranz wies darauf hin, dass der entsprechende Antrag von der CDU Thüringen nicht zusammen mit der AfD eingebracht worden sei; gleichwohl sei es nicht akzeptabel, dass dieser CDU-Antrag am Donnerstag mit den Stimmen der AfD im Thüringer Landtag durchgesetzt worden sei. Der Oberbürgermeister hatte zugleich ein politisches Rezept parat, wie man so etwa verhindern könne. Die Parteien des demokratischen Spektrums sollten stets miteinander reden können, wie das etwa in Oberhausen der Fall sei. Dann sei man auf Abstimmungserfolge mit Hilfe der AfD nicht angewiesen.

Vereine und Verbände präsentieren sich

Der erste Tag der Demokratie im und am Rathaus stand in weiten Teilen ganz im Zeichen der Sorge um die repräsentative Demokratie. So war zum Beispiel Professorin Beate Küpper von der Hochschule Niederrhein zu Gast. Die Wissenschaftlerin zeichnete in ihrem Referat im frisch renovierten Ratssaal jene gesellschaftlichen Entwicklungen nach, die dazu geführt haben, dass ein immer größer werdender Teil der Bevölkerung der repräsentativen Demokratie und den Institutionen der Bundesrepublik skeptisch bis ablehnend gegenübersteht. Die Globalisierung, die Digitalisierung, die Migration, der Klimawandel und die Energiewende – all diese Mega-Trends und die damit verbundenen Unsicherheiten würden dazu beitragen. Zugleich wecke die



Bürgerinnen und Bürger, Politiker und Verwaltungsleute diskutierten im Ratssaal über die Gefährdungen, denen die repräsentative Demokratie ausgesetzt ist.

OLAF FUHRMANN/FUNKE FOTO SERVICES (2)



Nicht zu viel Aufmerksamkeit für die 20 Prozent, die dagegen sind; mehr Aufmerksamkeit für die 80 Prozent, die in unterschiedlichen Formen dafür sind.

Beate Küpper, Professorin der Hochschule Niederrhein, mit Blick auf die wachsende Demokratie-Skepsis

Demokratie die Erwartungshaltung jedes einzelnen, dass seine Stimme auch in einem 80-Millionen-Land wie Deutschland wirklich zähle.

Wie kann man dieser Entwicklung hin zur Demokratie-Skepsis begegnen? Eine Antwort der Professorin lautete, dass die große



Vor dem Rathaus präsentierten sich beim Tag der Demokratie Vereine und Verbände.

Mehrheit der Bevölkerung weiterhin zur repräsentativen Demokratie stehe. Dieser Bevölkerungsmehrheit müsse man mehr Beachtung schenken: „Nicht zu viel Aufmerksamkeit für die 20 Prozent, die dagegen sind; mehr Aufmerksamkeit für die 80 Prozent, die in unter-

schiedlichen Formen dafür sind“, forderte Prof. Beate Küpper.

Im Ratssaal hatten sich Bürger, aber auch Politiker und Verwaltungsleute zur Demokratiekonferenz versammelt. Auch auf der Besuchertribüne hörten Bürgerinnen und Bürger dem Referat und einer

Diskussionsrunde mit Professorin Beate Küpper, Oberbürgermeister Daniel Schranz sowie Politikwissenschaftler Martin Florack zu. Die Besucher warfen bei dieser Gelegenheit erstmals einen Blick auf den für sieben Millionen Euro renovierten Ratssaal mit wiederhergestellter Stuckdecke und historischem Art-Deco-Flair. Eine kleine Umfrage der Redaktion vor Ort zeigte dabei ein widersprüchliches Meinungsbild – einige Bürger äußerten sich rundum begeistert über den neuen Ratssaal als Herzammer der lokalen Demokratie, anderen gefiel zum Beispiel die farbliche Zusammenstellung im Saal nicht so gut.

Unterdessen präsentierten sich Vereine und Verbände, begleitet von einem Musik- und Bühnenprogramm, draußen vor dem Rathaus und zeigten damit, dass die Demokratie der Bundesrepublik keineswegs nur von den Parteien lebt, sondern genauso vom bürgerschaftlichen Engagement im Alltag.